

## Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 03/2020

Liebe Leserinnen und Leser,

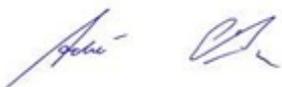
auch durch Ihre/Eure Bemühungen beim Einhalten der Kontaktbeschränkungen konnte die Ausbreitung des Corona-Virus deutlich verlangsamt und eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden.

Dafür möchte ich Ihnen/Euch ausdrücklich danken. Mir ist es—wie wahrscheinlich vielen auch von Ihnen/Euch—nicht leicht gefallen, auf persönliche Treffen mit der Familie und Freunden zu verzichten. Umso mehr freut es mich, dass jetzt – natürlich weiterhin unter Beachtung der Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen – weitere Lockerungen im öffentlichen Leben stattfinden können und ein bisschen Normalität zurückkehrt.

Dass es aber jederzeit zu einer Verschärfung der Lage kommen kann, hat das Beispiel Westfleisch bei uns in Coesfeld gezeigt, wo die Hygiene- und Abstandsregeln missachtet wurden. Die Leidtragenden sind die Beschäftigten. Es darf kein Weiterso für die Beschäftigten in der Fleischindustrie geben, die häufig aus dem Ausland kommen. Wir brauchen starke ArbeitnehmerInnen-Rechte und faire Arbeitsbedingungen, die durch strenge Kontrollen wirksam durchgesetzt werden. Mit dem Verbot von Werkverträgen hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ein Ende dieser unsozialen Arbeitsbedingungen eingeläutet. Die Entwicklungen in der Fleischindustrie unterstreichen die hohe Relevanz unserer Großen Anfrage zur Ernährungswirtschaft, die im letzten Plenum behandelt wurde. In dieser haben wir die schwarz-gelbe Landesregierung nach der Zukunftsfähigkeit dieser Branche für Nordrhein-Westfalen gefragt. Die Ernährungswirtschaft befindet sich im Wandel: Die VerbraucherInnen legen immer mehr Wert auf faire, soziale, umweltfreundliche und tier-schutzgerechte Produktion. Dieser Wandel muss politisch begleitet werden, damit alle Beteiligten von dieser Entwicklung profitieren können. Unser Ziel als SPD-Landtagsfraktion ist es, diesen wichtigen Wirtschaftszweig zu erhalten und zu stärken. Nur so können wir den steigenden Ansprüchen der VerbraucherInnen gerecht werden. Die Antwort der Landesregierung ist allerdings ernüchternd gewesen. Auf die drängendsten Fragen für die Branche hat die Landesregierung schlicht keine Antwort. Wir werden als Fraktion dran bleiben. [Hier](#) können meine Plenarbeiträge abgerufen werden.

Mit dem Konjunkturpaket, das von der Bundesregierung beschlossen wurde, haben wir einen ersten wichtigen Schritt getan, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise zu bewältigen. Vor allem hat mich gefreut, dass das Paket starke Anreize auf unterschiedlichen Ebenen setzt. Der Kinderbonus kann Familien entlasten und die Mehrwertsteuersenkung den Konsum fördern. Aber auch die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft wird unterstützt, z.B. durch die Förderung von Innovationen und Entwicklung im Bereich Wasserstoff.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen.



André Stinka MdL

### 3-PHASEN-KONZEPT FÜR DIE SCHULE

Erst der Termin, dann das Konzept – so lässt sich das Krisenmanagement der Landesregierung zusammenfassen. Das ist aber die völlig falsche Reihenfolge. Zu leiden hatten und haben darunter vor allem die SchulleiterInnen, SchülerInnen und ihre Eltern. Eine klare Strategie die Sicherheit, Struktur und Klarheit bietet, fehlt bis heute. Stattdessen werden widersprüchliche Schulmails und Pressestatements von Ministerpräsident Laschet und Schulministerin Gebauer veröffentlicht. Chaos pur. Damit muss endlich Schluss sein. Wir haben die Landesregierung daher aufgefordert, ein Krisenkonzept für die Bildung aufzustellen.

Drei Phasen stehen dabei im Fokus:

1. bis zu den Sommerferien,
2. in den Ferien selbst und
3. im neuen Schuljahr – es geht jetzt darum, konkrete Maßnahmen für einen funktionierenden Schulbetrieb zu definieren.

[Drucksache 17/9354](#)

### DER ANFANG VOM ENDE MISERABLER ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Bundesregierung will durch die Initiative von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) die Vorschriften beim Arbeitsschutz auf Schlachthöfen ab kommenden Jahr deutlich verschärfen. Damit wurde ein großer Schritt für bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie gemacht. Das ist ein großer Erfolg, denn dafür haben wir uns schon lange eingesetzt. Dabei können wir es aber nicht belassen. Auch in anderen Branchen beispielsweise bei Erntehelfern oder in der Baubranche gibt es häufig Missstände beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen, damit die Ausbeutung von Menschen zum Zweck wirtschaftlicher Profitmaximierung endlich gestoppt wird. Wir werden auch künftig genau hinschauen, ob die angekündigten Verbesserungen umgesetzt werden.



[Drucksache 17/9362](#)

### LEISTUNGEN VON ELTERN ANERKENNEN —SIE SIND ES UNS WERT!

Die Corona-Krise bringt viele Familien an ihre Grenzen. Viele Eltern können durch die fehlende Kinderbetreuung mittlerweile ihren Job nicht mehr in vollem Umfang nachkommen. Dank Bundesfamilienministerin Giffey (SPD) wurde der Lohnersatz für berufstätige Eltern von bisher sechs auf zehn Wochen pro Elternteil verlängert. Allerdings ist weiterhin ungewiss, wie lange die pandemische Lage noch anhalten wird. Wir fordern deshalb die Entfristung und die Erhöhung der Hilfen für Eltern. Wer aufgrund der Kinderbetreuung vorübergehend nicht berufstätig sein kann, sollte nicht auch noch Geldsorgen haben.

Mit dem Kinderbonus in Höhe von 300€ pro Kind unterstützen wir die Familien.

Wir erkennen die Leistungen der Eltern in der Krise an. Sie sind es uns wert.

[Drucksache 17/9360](#)

## MEHR INVESTITIONEN FÜR DIE BILDUNG—GUTE SCHULE 2025

NRW ist Bildungsland. Weltweit renommierte Hochschulen und Universitäten sind hier beheimatet. Trotzdem hinkt das Land bei der Schulfinanzierung hinterher. Das „Gute Schule 2020“-Gesetz aus der letzten Legislaturperiode hat an vielen Schulen bereits zu Verbesserungen geführt. Trotzdem gibt es noch großen Investitionsbedarf, um die teils noch maroden Schulen baulich und digital in den bestmöglichen Zustand zu bringen. Die Landesregierung muss das bestehende Investitionsprogramm fortführen und dafür weitere 2,5 Milliarden Euro investieren. Die SchülerInnen in Nordrhein-Westfalen verdienen die besten Bedingungen für erfolgreiches Lernen.

[Drucksache 17/9355](#)

## EIN KLARES BEKENNTNIS ZU EUROPA



NRW liegt im Herzen Europas und ist heute enger denn je in kultureller, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht mit allen Staaten der Europäischen Union verbunden. Als unsere Verfassung vor über 70 Jahren in Kraft trat, konnte noch niemand ahnen, wie intensiv diese Verbindung werden würde. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger. Deshalb haben die demokratischen Fraktionen im Landtag NRW beschlossen, den Europabezug in die Landesverfassung aufzunehmen und sich so gemeinsam deutlich gegen aufkommende nationalistische Tendenzen zu stellen. Mit diesem klaren Bekenntnis zu einem geeinten Europa würdigen wir die wichtige Rolle, die die EU für NRW spielt und gestalten so gemeinsam eine bessere Zukunft.

[Drucksache 17/9352](#)

## HÄUSLICHE PFLEGE STÄRKEN! FÜR DIE VIELEN PFLEGEBEDÜRFTIGEN IN NRW

In NRW sind Schätzungen zufolge 100.000 PflegerInnen in der häuslichen Pflege illegal beschäftigt. Einige von ihnen mussten oder wollten im Zuge der Corona-Krise in ihre Heimat zurückkehren. So stehen etliche pflegebedürftige Menschen in NRW nun alleine da. Um den drohenden Kollaps in der häuslichen Pflege abzuwenden, muss die Landesregierung jetzt handeln. Die aktuelle Situation verdeutlicht, dass Betreuungskräfte aus dem Ausland wesentliche Stützpfeiler der häuslichen Pflege in NRW sind. Deshalb muss die Landesregierung sich auf Bundesebene für eine rechtssichere Basis für die Beschäftigten aus dem Ausland einsetzen und sie vor Ausbeutung schützen. Auch Pflegebedürftige und ihre Familien brauchen mehr finanzielle Unterstützung, damit sie nicht den Weg in die Kriminalität wählen und illegale Beschäftigungsverhältnisse überflüssig werden. Dafür ist es dringend notwendig, dass sich die schwarz-gelbe Landesregierung auf Bundesebene für eine Reform der Pflegeversicherung einsetzt.



[Drucksache 17/9361](#)

## **EINHEITLICHE TARIFE FÜR DEN ÖPNV**

Ein guter, günstiger und attraktiver ÖPNV ist die Voraussetzung für eine klimafreundliche Mobilitätswende, die NRW braucht. Das bestehende Tarifsystem mit seinen teils unüberschaubaren und unfairen Regelungen zwischen den einzelnen Verkehrsverbänden stiftet bei Fahrgästen eher Verwirrung, als dass es für den Umstieg auf Bus und Bahn begeistert. Ein und dieselbe Strecke kann auf der Hinfahrt teurer sein als auf der Rückfahrt. Das verärgert zu Recht. Die Landesregierung muss deshalb gemeinsam mit den Verkehrsverbänden faire und einheitliche Lösungen für den ÖPNV erarbeiten und so wieder mehr Menschen in NRW für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel begeistern.

[Drucksache 17/9358](#)

## **UNABHÄNGIGE BERICHTERSTATTUNG SICHERN – MEDIENSCHAFFENDE SCHÜTZEN**



Bedrohungen gegen JournalistInnen nehmen zu. Die psychische Belastung steigt und wirkt sich auf die Arbeit der Medienschaffenden aus. In einer Studie des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung geben mehr als die Hälfte der befragten JournalistInnen an, dass sie Verständnis dafür haben, wenn Kolleginnen und Kollegen aus Angst vor Angriffen über bestimmte Themen nicht mehr berichten. Das ist eine fatale Entwicklung, denn JournalistInnen schützen mit ihrer unabhängigen und kritischen Berichterstattung unsere Demokratie.

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass JournalistInnen ihrer Arbeit wieder angstfrei und uneingeschränkt nachgehen können.

[Drucksache 17/9357](#)

## **FAIRE KOMMUNALWAHLEN 2020 – AUCH IN KRISENZEITEN**

Die Corona-Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf die kommenden Kommunalwahlen im September. Kontaktbeschränkungen erschweren jetzt schon die Aufstellung von KandidatInnen. Auch bei der Durchführung der Wahlen kann nicht alles so laufen wie üblich. So wird es schwerer werden, genügend WahlhelferInnen zu organisieren oder passende Räume für die Stimmabgabe zu finden. Deshalb haben sich SPD, CDU und FDP zusammengeschlossen und ein Gesetz zur Durchführung der kommenden Kommunalwahlen auf den Weg gebracht.

Damit begegnen wir den Herausforderungen der Corona-Pandemie und sichern den reibungslosen und fairen Ablauf auch in Krisenzeiten.



[Drucksache 17/9365](#)

## EIN KLARES KONZEPT FÜR KITA-ÖFFNUNGEN



Nach dem öffentlichen Aufschrei musste Minister Stamp einlenken und seine Pläne zur Kita-Öffnung deutlich ausweiten. Indoor-Spielplätze zu öffnen, bevor die Frage der Kinderbetreuung geregelt war, zeigte einmal mehr die falsche Prioritätensetzung. Dabei hatten wir schon lange einen konkreten Plan für Kita-Öffnungen gefordert. Unser Druck hat gewirkt, denn seit dem 8. Juni geht es wieder schrittweise in einen Regelbetrieb. Doch das Betreuungsangebot wird noch lange eingeschränkt bleiben. Minister Stamp

verlangt aber trotzdem im Juni und Juli die Hälfte der KiTa-Beiträge. Wir wollen, dass die Beiträge weiter ausgesetzt werden. Laschet fordert vom Bund 600 Euro Familienbonus, das Land selbst will von den Eltern aber weiter kassieren. Das ist üble Trickserei.

[Drucksache 17/9359](#)

## KOMMUNEN NICHT IM STICH LASSEN

Durch die Corona-Krise fehlen in den Kassen der NRW-Kommunen Milliarden. Besonders leiden die Städte und Gemeinden, die bereits hoch verschuldet sind. Mit dem „Kommunalen Solidaripakt 2020“ hat Bundesfinanzminister Scholz die Entschuldung der Kommunen vorgeschlagen. Leider konnte sich dieser Vorschlag zur Entlastung der Kommunen nicht durchsetzen.

Mit dem von der Bundesregierung vorgestellten Konjunkturpaket wurde aber ein erster richtiger Schritt zu mehr Solidarität mit den Kommunen gemacht. Mit der hälftigen Übernahme der Gewerbesteuer ausfälle im Jahr 2020 durch den Bund wird den Kommunen im Krisenjahr mehr Gestaltungsraum gegeben. Wir fordern weiterhin, dass sich Ministerpräsident Laschet dafür stark macht, die Altschulden der Kommunen in einer Vereinbarung zwischen Bund und dem Land NRW zu übernehmen.

Er muss die Blockadehaltung bei der Union lösen. Schafft er das nicht, schadet er den Interessen der Menschen in NRW und beweist, dass er sich selbst in seinem politischen Lager nicht durchsetzen kann. Kommunen sind das Fundament bei der Bekämpfung der Pandemie und werden auch weiterhin eine tragende Rolle bei der Bewältigung der Folgen der Krise spielen. Wir dürfen sie nicht im Stich lassen.

[Drucksache 17/9364](#)

## MIT EINEM SICHERHEITSBERICHT GEZIELTER GEGEN KRIMINALITÄT ARBEITEN

Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik zeigt in NRW einen Rückgang der erfassten Straftaten in vielen Bereichen. Das ist zwar erfreulich, stellt aber nicht die Wirklichkeit dar, da viele Straftaten nicht erfasst werden. Um vorausschauende Kriminalitätspolitik betreiben zu können, brauchen wir einen umfassenden Sicherheitsbericht, der mehr Daten einbezieht. Mit ihm können Behörden und Politik bessere Konzepte zur Bekämpfung von Kriminalität entwickeln. Auch NRW muss endlich ein umfassenderes Bild über die tatsächliche Sicherheitslage im Land bekommen, damit Kriminalität effektiver bekämpft werden kann.

[Drucksache 17/9363](#)

## WETTBEWERB UM DEN BIENENFREUNDLICHSTEN GARTEN/BALKON 2020

In diesem Jahr veranstalte ich zum dritten Mal den Wettbewerb um den bienenfreundlichsten Garten bzw. Balkon im Kreis Coesfeld. Besonders freue ich mich, dass ich mit Bundesumweltministerin Svenja Schulze und der Landesvorsitzenden des NABU NRW Dr. Heide Naderer zwei Expertinnen als Jurymitglieder gewinnen konnte. Alle weiteren Informationen zur Teilnahme können dem Flyer entnommen werden.



## André Stinka sucht den bienenfreundlichsten Garten/Balkon 2020



**Jurymitglieder:**  
Bundesumweltministerin Svenja Schulze  
Landesvorsitzende NABU NRW Dr. Heide Naderer

**Auch in diesem Jahr suche ich wieder den bienenfreundlichsten Garten oder Balkon im Kreis Coesfeld. Wenn Sie davon überzeugt sind, einen besonders bienenfreundlichen Garten oder Balkon zu haben, senden Sie bitte bis zum 1. September 2020 mindestens ein Bild und Ihre Anschrift\* an [Wahlkreisbuero.Stinka@landtag.nrw.de](mailto:Wahlkreisbuero.Stinka@landtag.nrw.de). Ich freue mich auf Ihre Zusendungen!**

\* Mit der Zusendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Daten und das Foto für den Wettbewerb gespeichert sowie an die Jurymitglieder weitergeleitet werden. Im Falle des Gewinns werden Sie schriftlich benachrichtigt und das Foto sowie der Name und der Wohnort zur Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Tätigkeit des Landtagsabgeordneten André Stinka MdL genutzt.

## IM AUSTAUSCH MIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG VON KLAAS IN ASCHEBERG



Um mehr über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft vor Ort zu erfahren, habe ich in den vergangenen Wochen mit verschiedenen Unternehmen im Kreis Gespräche geführt. Unter anderem habe ich mich gemeinsam mit der SPD Ascheberg und der SPD-Bürgermeisterkandidatin Monika Verpohl mit den Geschäftsführern der Firma Klaas ausgetauscht. Dort kann nahezu im Normalbetrieb gearbeitet werden, wie uns Ludger Klaas erläuterte. Anderen Unternehmen geht es jedoch nicht so gut. So sorgen Verzögerungen in den Lieferketten

immer wieder für Probleme. Für alle Unternehmen sind vor allem die neuen Hygienevorgaben eine Herausforderung, die aber für wichtig und richtig erachtet werden. Um gemeinsam mit den MitarbeiterInnen an einem Strang zu ziehen, sei die Kommunikation entscheidend. Dies wurde mir mehrfach berichtet. Nur so könnten offene Fragen aus dem Weg geräumt und für Verständnis gesorgt werden.

Ich werde weitere Gespräche mit ArbeitnehmerInnen und Unternehmen führen, um mir ein umfassendes Bild von den Auswirkungen der Corona-Pandemie in unserem Kreis machen zu können.

## DIGITALE JUGENDWERKSTATT DER SPD-FRAKTION 2020

Im letzte Jahr im November hat zum ersten Mal die Jugendwerkstatt der SPD-Fraktion im Landtag stattgefunden. Jetzt gibt es eine Neuauflage des Formats. Corona-bedingt nicht im Landtag, sondern ONLINE bei Zoom. Jugendliche sind eingeladen an der Jugendwerkstatt am **Montag, den 15. Juni 2020**, teilzunehmen. Bei der Jugendwerkstatt gibt es die Gelegenheit, Ideen zu entwickeln, mit Abgeordneten des Landtags zu diskutieren und gemeinsam Lösungsansätze für die drängendsten Herausforderungen in der aktuellen Situation zu finden. Die Ergebnisse sollen direkt in die parlamentarische Arbeit der SPD-Landtagsfraktion einfließen.

### Ablauf:

17.30 Uhr: Begrüßung und Einführung mit Thomas Kutschaty

ab 18.00 Uhr: Workshops

#edutalk—Bildung und Schule mit Jochen Ott und Rüdiger Weiß

#stattBlumen—Gesundheit und Gleichstellung mit Lisa Kapteinat und Christina Wenig

#Infodemie—Medien und Meinungsfreiheit mit Christina Kampmann und Alexander Vogt

#greennewdeal—Wirtschaft und Klimaschutz mit Inge Blask und André Stinka

ca. 19.30 Uhr: Ende der Veranstaltung

Eine Anmeldung ist bis zum 14. Juni 2020 unter [www.machen-wir.de/jwo](http://www.machen-wir.de/jwo) möglich.

## MEIN GESPRÄCH MIT DER KATHOLISCHEN ARBEITNEHMER-BEWEGUNG (KAB)

Vor Kurzem habe ich mich mit VertreterInnen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Coesfeld zum Gespräch getroffen.

Der stellvertretende KAB-Bezirksvorsitzende Janbernd Lütke Brintrup aus Lüdinghausen hat dabei treffenderweise die derzeitige Corona-Krise als „Brennglas“ für die Arbeitswelt bezeichnet. Wir haben uns unter anderem über die unzureichenden Arbeitsbedingungen und Löhne in den Pflegeberufen und die Arbeits- und Wohnbedingungen in der Fleischindustrie ausgetauscht.

Mit dem Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie, das Bundesarbeitsminister Hubertus Heil auf den Weg gebracht hat, konnte zumindest bei den Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie ein erster Erfolg erzielt werden.

Aber auch in die Pflegeberufe bedarf es nachhaltiger Veränderungen zugunsten der ArbeitnehmerInnen. Benedikt Kemper, Rechtssekretär der KAB im Bistum Münster, betonte, dass bei Besuchen von Krankenhäusern und Pflegeheimen, die PflegerInnen immer wieder die durchgehend hohe Belastungen beschreiben. Dadurch würden viele MitarbeiterInnen, die hochmotiviert in den Beruf starten, mit der Zeit immer wieder resignieren und bei passender Gelegenheit die Arbeit aufgeben.

Vor diesem Hintergrund müssen wir dauerhafte Maßnahmen für eine solidarische Gesellschaft ergreifen.

